

Die Welt im Radio

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Film und Radio mit Fernsehen**

Band (Jahr): **8 (1956)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Was Sie sagen

Gefährliche Reden

ZS. Wir haben in der letzten Nummer, gestützt auf einen Ueberblick aus vielen Radiosendungen, der Auffassung Ausdruck gegeben, daß sowohl Ost als West auch in Zukunft einen für alle tödlichen Atombombenkrieg vermeiden wollten und deshalb mit einer Friedensperiode zu rechnen sei bis zu dem Zeitpunkt, wo das gegenwärtige Atombombengleichgewicht gestört würde. Bekanntlich hat sich der britische Außenminister Eden auch in diesem Sinne ausgesprochen, und die meisten Staatsmänner des Westens huldigten dieser Auffassung, auch Churchill.

Nun ist laut einem neuesten Radiobericht in England das Interview eines englischen Journalisten mit Chrustschew veröffentlicht worden, worin dieser einer gegenteiligen Ueberzeugung Ausdruck gibt, die in vielen Orten Bestürzung erzeugt hat. Er erklärte, «daß ein Atomkrieg der letzte Krieg wäre, den der Kapitalismus hervorrufen würde, und das Ende des Kapitalismus überhaupt herbeiführen würde». Der Engländer äußerte dazu, daß er das Ende von jedermann bedeuten würde, aber Chrustschew schüttelte den Kopf. «Die Menschen würden weiterleben, allerdings nicht auf der Grundlage des Kapitalismus, der ihre Bedürfnisse nicht befriedigen könnte». Chrustschew hat also der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß er den H-Bomben-Krieg nicht fürchte, weil er nicht glaubt, daß unsere Welt zerstört würde. Die Menschen, und zwar kommunistisch gesinnte Menschen, würden ihn überleben. Er wäre also für Moskau gewissermaßen von Nutzen.

Wir könnten uns kaum eine gefährlichere Ansicht bei einem Regierungsmann vorstellen. Wenn ein solcher glaubt, die H-Bombe sei nicht so gefährlich, jedenfalls werde sie nur die Gegner vernichten, nicht aber alle eigenen Leute, dann ist der Boden für eine Explosion vorbereitet. Verhältnismäßig geringfügige Ursachen können dann zur Auslösung der Katastrophe führen, besonders wenn die andere Seite, wie Dulles erklärte, entschlossen ist, keinesfalls hinter eine bestimmte Linie zurückzuweichen. Die Situation gestaltet sich dann wieder ähnlich wie vor dem letzten Krieg, als auch einer behauptete, der Krieg werde nur die Gegner zerstören, nicht aber die eigenen Leute, und sein Land sei das letzte, welches zugrunde ginge.

Vermutlich dürfte die Angelegenheit im Unterhaus zur Sprache kommen, sofern nicht die bevorstehenden Besprechungen beim russischen Staatsbesuch in London Zurückhaltung auferlegen. Sicher wird Eden aber während des Aufenthaltes der russischen Staatsmänner Klarheit über die Stellung der russischen Regierung in diesem Punkte zu schaffen suchen, denn ein Zeitungsinterview ist keine genügende Unterlage für allfällig notwendige Regierungsentscheidungen von größter Tragweite. Das Problem der Atomwaffen wird dabei in irgendeiner Form zur Sprache kommen müssen; es handelt sich um eine Frage auf Leben und Tod, wichtiger als alle andern hängigen Probleme. Nimmt Moskau die Haltung ein, daß die H-Bombe für die kommunistischen Länder so schlimm nicht sei, dann wird sich das wie ein ansteckendes Fieber auf die westlichen Nationen legen, die ganz neue Wege beschreiten müßten. Besonders wird dies der Fall sein, wenn eine noch stärkere Bombe als die H-Bombe erscheinen wird, was bald der Fall sein dürfte. Die H-Bombe sieht dann immer weniger gefährlich aus, man wird sie immer weniger ernst nehmen, und der alte Teufelskreis wird sich wieder schließen.

So haben wir mit fortschreitender Entwicklung wenig Grund zur Beruhigung. Einerseits drängt sich immer mehr das gemeinsame Interesse aller Nationen nach einem Zusammenschluß auf, immer gebieterrischer wird aber auch die Notwendigkeit für Staaten, wie den unsrigen, sich vor den Auswirkungen eines Atomkrieges zu schützen. Der Friede scheint uns hier als etwas so Selbstverständliches, der H-Bomben-Krieg als so etwas so Ungeheuerliches, daß unser Geist die Möglichkeit eines solchen gar nicht richtig fassen will, und wir stets in Gefahr sind, unsere leidenschaftlichen Wünsche für den Frieden bereits als den Frieden selbst zu nehmen. Hier heißt es, gegenüber uns selbst kritisch zu bleiben, alle Ereignisse wachsam und nüchtern zu prüfen und nicht unsere Ansichten bei andern als selbstverständlich vorauszusetzen. Angst brauchen wir als Christen vor nichts zu haben, aber die Bekämpfung des Bösen ist uns aufgegeben.

Scherbenhaufen und kein Ende

FH. Die ohne Grundangabe erfolgte Aufhebung der letzten protestantischen Schule in Spanien ist von den Radiostationen Europas, die wir kontrollieren konnten, mit einer Ausnahme kommentarlos wieder-

gegeben worden. Aus Amerika fehlen uns zurzeit Nachrichten; möglicherweise ist eine amerikanische diplomatische Aktion im Gang. Der Vatikansender hat sich, soweit wir feststellen konnten, abgesehen von der Mitteilung der nackten Nachricht schweigend verhalten. Dagegen ist aus Frankreich die Äußerung eines Deputierten berichtet worden, daß die Maßnahme das wahre Gesicht katholischer Schulpolitik enthülle: Mittelalterliche Unterdrückung jeder andern Ueberzeugung, Polizeizwang für alle nicht-katholischen Kinder zum Besuch katholischen Unterrichts. Die Streichung jedes Staatsbeitrages für katholische Schulen sei deshalb notwendig (was inzwischen in einer Kammer-Kommission auch beschlossen wurde). Verschiedene Leser, die unsere konfessionspolitischen Äußerungen in der Rubrik «Die Redaktion antwortet» in der vorletzten Nummer als «wässrig» und «viel zu unbestimmt» empfanden, stoßen in das gleiche Horn: Kampf dem Katholizismus auf der ganzen Linie; seine «zivile» Toleranz sei nur Maske, bis er die Macht besitze, mit Gewalt auf die andern zuzuschlagen.

Aber Zorn und Erbitterung sind schlechte Berater; wir dürfen uns den nüchternen und besonnenen Blick auf die ewigen Grundlagen durch momentane Ereignisse, mögen sie noch so empörend sein und uns in noch so große Trauer stürzen, nicht trüben lassen. Mögen wir Protestanten im Geburtsland des Jesuitenordens und anderswo um unseres Glaubens willen noch so hart verfolgt werden: nie dürfen wir umgekehrt Menschen um ihres Glaubens willen bedrängen. Keinem Katholiken darf auch dort, wo wir die Macht dazu hätten, um seines Glaubens willen ein Nachteil zugefügt werden. Auch wo sie in großer Minderheit sind, sollen sie ihrem Glauben leben dürfen, Gotteshäuser nach ihren eigenen Plänen oder Seminare für ihre Theologen bauen, unbeschränkt Gottesdienste nach ihrem Ritus abhalten usw. Daß dies alles uns Protestanten in Spanien und andern katholischen Staaten brutal verboten ist, darf uns von diesem fundamentalen christlichen Grundsatz keinesfalls abbringen. Es muß auch jederzeit von uns aus die freundschaftliche Diskussion, das brüderliche Gespräch möglich sein (das den Katholiken von ihrer Kirche auferlegte Diskussionsverbot ist gewiß kein Zeichen von Stärke). Ein «Kampf auf der ganzen Linie» gegen alles Katholische kommt deshalb für uns nicht in Frage, wenn wir uns nicht selbst untreu werden wollen.

Das darf uns aber nicht hindern, uns im außer-religiösen Bezirk mit allen Mitteln gegen Leute zu wenden, die es offensichtlich mit Politik, Diplomatie oder gar Gewalt auf die Unterdrückung anderer Christen und ihrer Ueberzeugungen abgesehen haben, wohnen sie in Moskau, Rom oder anderswo. Toleranz kann nie Intoleranz anerkennen und dulden, denn sie würde sich selbst auslöschen. Aber all das ist bereits keine rein konfessionelle Frage mehr; die Scheidungslinie verläuft hier nicht mehr den konfessionellen Grenzen entlang. Zahlreiche gute und überzeugte Katholiken sind mit den Grundsätzen, Gesetzen und Vorschriften ihrer Kirche auf außerreligiösem Gebiet keineswegs einverstanden, z. B. mit vielen Vorschriften des katholischen Kirchenrechts, mit dem politischen Herrschaftsanspruch Roms über die Nationen und seiner ganzen Politik gegenüber den Protestanten, und haben sich auch schon mehr als einmal durch die Tat, z. B. mit dem Stimmentzettel, gegen kirchliche Parolen ausgesprochen. Schon ihretwegen geht es nicht an, einen Kampf gegen alles Katholische führen zu wollen. Gewiß sind sie heute eine Minderheit, ohne Einfluß beim Klerus oder gar in Rom, in Spanien und anderswo übrigens auch unterdrückt. Aber sie sind da. Sie sind davon überzeugt, daß alle Raffiniertheit, alle Schleichmethoden und Gewalttaten auf weite Sicht dem Katholizismus selber am meisten schaden. Vielleicht gelingt es diesen Gruppen doch, mit der Zeit wieder mehr Einfluß bei ihrer Kirche zu gewinnen und vom Zentrum aus für eine christlichere Haltung den andern Bekenntnissen gegenüber zu wirken.

Nichts würden wir sehnlicher wünschen. So viele katholische Vorschriften und Bestimmungen im Eherecht, über Kindererziehung, gegenüber Konvertiten, bei Bestattungen usw. säen Zwietracht, tragen Feindschaft in Familien, zerstören alte Bande, vergiften das Zusammenleben. Wieviel kleine Scherbenhaufen werden hier täglich angerichtet, die vielleicht für katholische Hoffnungen noch viel schlimmer sind als ein einziger großer, wie der von Madrid! Sicher werden auch Katholiken diesen bedauern, besonders im gegenwärtigen Zeitpunkt, aber sie sind nicht die Kirche, deren oberste Spitze sich nicht gegen die Gewalttat gewendet hat. Mag sein, daß man diese sogar verteidigen will, etwa mit der Behauptung, unsere Schule sei selber schuld gewesen, oder durch ähnliche Ausflüchte. Hoffentlich unterläßt man das, es würde den negativen Eindruck unheilvoll verschärfen. Vielleicht erkennt man aber mit der Zeit auch auf katholisch-klerikaler Seite, daß allein eine dauernde Angleichung der offiziellen katholischen Haltung an die protestantische auf dem ganzen konfessionellen Grenzgebiet geeignet wäre, Sympathien und Vertrauen bei der protestantischen Welt zu gewinnen, ohne welche nichts zu erreichen ist.